



Sitzungsvorlage

B 2023/610/5414/1
öffentliche Sitzungsvorlage

Federführung

Fachdienst Stadtentwicklung, Planung, Bauordnung

Auskunft erteilt Herr André Leson
Telefon 02522 / 72-415
E-Mail andre.leson@oelde.de

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FWG: Aussetzung von Beschlüssen zum Overbergareal, zur VHS und Stadtbücherei

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung	Vorberatung	20.04.2023
Rat	Entscheidung	24.04.2023

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde folgende Beschlussfassungen:

1. Die Beschlussfassung zur Nachnutzung des Overbergareals vom 06.09.2021 bleibt bestehen und wird wie in der Vorlage B 2023/610/5474 dargestellt ergänzt.
2. Die Arbeit an den Projekten „VHS“ und „Stadtbücherei“ ruht solange, bis das Standort-suchverfahren für einen möglichen Bildungscampus beendet ist. Die Verwaltung wird mit der Suche nach einem potentiellen Standort und der Darstellung der zeitlichen Realisierbarkeit beauftragt.

Sachverhalt

Mit Datum vom 29.01.2023 haben die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der FWG einen Antrag zur Aussetzung von Beschlüssen zum Overbergareal, zur VHS und zur Stadtbücherei gestellt. Der entsprechende Antrag ist dieser Vorlage beigelegt (Anlage 1).

Als Begründung wird angeführt, dass der Finanzausschuss – auf Antrag der FDP-Fraktion – in seiner vorhergehenden Sitzung mit großer Mehrheit beschlossen hat, die Möglichkeit eines „Bildungscampus“ zu untersuchen. Da derzeit aber verschiedene gültige Beschlüsse der Standortauswahl für diesen politisch gewünschten Bildungscampus entgegenstehen, soll die Verwaltung in die Lage versetzt werden, alle denkbaren Szenarien ohne Vorgaben zu prüfen. Die etwaigen Planungen entgegenstehenden, einschränkenden oder bedingenden Beschlüsse im Zusammenhang mit den oben erwähnten Objekten sollen daher ausgesetzt werden.

Der Antrag wurde vom Rat mit Beschluss vom 13.02.2023 an den Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung als zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Aus Sicht der Verwaltung sollten die Arbeiten zur Nachnutzung des Overbergareals als innenstadtnahes Wohnquartier zeitnah weitergeführt werden. Auf die Vorlage B 2023/610/5474 der heutigen Sitzung wird an dieser Stelle verwiesen.

Die Verwaltung bewertet die Chance, mit dieser Fläche einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Lösung des Wohnraummangels zu gehen, als absolut prioritär und empfiehlt daher nicht, diese Fläche für einen möglichen Bildungscampus in Betracht zu ziehen.

Außerdem würde der mögliche Bau dieses Campus auf dem Overbergareal perspektivisch zunächst zu einem weiteren Brachliegen der Fläche führen, da die Verwaltung mit mehreren Großprojekten im Bereich des Hochbaus (Multifunktionshalle, Jahnstadion, Albert-Schweitzer-Schule etc.) aktuell und auch in den kommenden Jahren absolut ausgelastet ist. Eine zeitnahe Umsetzung des Projektes „Bildungscampus“ wäre aus Sicht der Verwaltung derzeit nicht erkennbar.

Die Beschlussfassungen zu den Projekten „VHS“ und „Stadtbücherei“ sollten so lange ausgesetzt werden, bis das beantragte Standortsuchverfahren für einen Bildungscampus abgeschlossen ist.

Die Verwaltung hat bereits in der Sitzung des Finanzausschusses und Ausschusses für Wirtschaftsförderung, in der dieses Verfahren beantragt wurde, darauf hingewiesen, welche Auswirkungen das auf die zeitliche Dimension der geplanten Sanierungsarbeiten bei der Stadtbücherei haben würde. Außerdem wurde deutlich artikuliert, dass der erst im Sommer 2022 beschlossene Masterplan Innenstadt, der als ein Schlüsselprojekt die Sanierung der Stadtbücherei enthält, durch einen solchen Antrag teilweise in Frage gestellt wird.

Da die Durchführung der Standortsuche für einen Bildungscampus dennoch beschlossen wurde, wurden die schon ausgeschriebenen Planungsleistungen für die Sanierung der Stadtbücherei vorläufig nicht beauftragt. Das Projekt kann damit nicht mehr, wie ursprünglich vorgesehen, im Jahr 2023 beim Fördergeber zur Förderung angemeldet werden. Aus diesem Grunde schlägt die Verwaltung vor, zunächst das Standortsuchverfahren für einen möglichen Bildungscampus durchzuführen und die Beschlüsse zu den Projekten „VHS“ und „Stadtbücherei“ bis dahin auszusetzen.

Anlage

Anlage 1 - Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen, SPD und FWG